

Pressemappe: Agrar-PR

14.09.2023 | 07:25:00 | ID: 37367 | Ressort: [Verbraucher](#) | [Trends](#)

Glyphosat: Zwei Drittel der Deutschen gegen Wiedezulassung

(agrar-PR) - Eine repräsentative Umfrage zeigt, dass ein Grossteil der Menschen in Deutschland die Wiedezulassung des Pestizids Glyphosat in der Europäischen Union ablehnt. 68 Prozent der Befragten sind gegen eine weitere Zulassung des umstrittenen Unkrautvernichters, über dessen weitere Nutzung die europäischen Mitgliedsstaaten Mitte Oktober abstimmen werden.

In der Umfrage, die das Marktforschungsunternehmen Ipsos im Auftrag des Pesticide Action Network (PAN Europe) in Deutschland und fünf weiteren europäischen Ländern durchgeführt hat, wurden die Befragten unter anderem nach ihrer Meinung zur Wiedezulassung des Unkrautvernichters Glyphosat befragt. Die Ergebnisse aus Deutschland zeigen eindeutig, dass die Mehrheit der Deutschen ein Verbot von Glyphosat befürwortet:

- 68,3 Prozent der Befragten in Deutschland lehnen die Wiedezulassung von Glyphosat auf EU-Ebene ab.
- Nur 15,2 Prozent der Befragten sind dafür, dass Glyphosat in der EU weiterhin eingesetzt werden darf.
- 6,5 Prozent der Befragten waren unentschieden.
- Auch in allen anderen Ländern, in denen die Befragung durchgeführt wurde (Frankreich, Polen, Dänemark, Rumänien und Spanien) sprach sich eine Mehrheit der Befragten gegen die Wiedezulassung von Glyphosat in der EU aus.

"Die Umfrageergebnisse sprechen für sich. Eine große Mehrheit der Menschen in Deutschland wünscht sich das Ende der Ära Glyphosat. Die Bundesregierung muss die Sorgen der Bevölkerung angesichts der Risiken von Glyphosat für Mensch, Tier und Umwelt ernst nehmen und in Brüssel gegen die Wiedezulassung des Unkrautvernichters stimmen", kommentiert Sophia Guttenberger, Referentin für Landwirtschaft am Umweltinstitut München.

Dass viele Menschen von der Bundesregierung ein Votum gegen die Wiedezulassung von Glyphosat in der EU erwarten, zeigen auch die Unterschriften von mehr als fast 130.000 Menschen: Sie haben eine entsprechende Petition des Umweltinstituts und anderer Organisationen an Landwirtschaftsminister Cem Özdemir und Umweltministerin Steffi Lemke unterzeichnet.

Die Umfrage-Ergebnisse im Detail finden Sie hier.

Hintergrund

Da die aktuelle EU-Genehmigung für Glyphosat Ende Dezember 2023 ausläuft und die Herstellerfirmen, darunter die deutsche Bayer AG, einen Antrag auf Wiedergenehmigung gestellt haben, müssen die europäischen Mitgliedsstaaten über die mögliche erneute Zulassung entscheiden. Voraussichtlich Mitte Oktober wird die Entscheidung im zuständigen Ständigen Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebens- und Futtermittel (PAFF) fallen.

Obwohl zahlreiche wissenschaftliche Studien die schädlichen Auswirkungen von Glyphosat auf die Umwelt, die menschliche Gesundheit und die Artenvielfalt beweisen, hat die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde (EFSA) in ihrer jüngsten Risikobewertung keine "kritischen Problemereiche" festgestellt und im Bezug auf das Risiko für Mensch, Tier und Umwelt keine Bedenken geäußert. Gleichzeitig hat die Behörde aber eingeräumt, dass bei einer ganzen Reihe von Anwendungen von Glyphosat ein hohes Langzeitrisiko für Säugetiere besteht. Zudem konnten einige Fragen nicht abschließend geklärt werden, da die nötigen Daten dazu nicht vorlagen.

Weitere Informationen zu Glyphosat finden Sie hier.

Pressekontakt
Sophia Guttenberger
Umweltinstitut München e.V.
Referentin für Landwirtschaft
Tel. ++49 (0)89 307749-16
sg@umweltinstitut.org

Annette Sperrfechter

Umweltinstitut München e.V.
Pressesprecherin
Tel.: +49(0) 89 307749-77
as@umweltinstitut.org



[Agrar-PR](#)

Postfach 131003 70068 Stuttgart Deutschland

Telefon: +49 0711 63379810

E-Mail: redaktion@agrar-presseportal.de Web: www.agrar-presseportal.de >>> [Pressefach](#)